

Die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung sind nach wie vor ungelöst. Sicher ist, dass grundlegende Veränderungen nötig sind. Die vorgelegten Reform-Eckpunkte bieten Chancen für eine wettbewerbsorientierte Gestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung, doch die ausstehende Umsetzung muss die bisherigen Regulierungen zurücknehmen und mehr marktwirtschaftliche Elemente zulassen, wenn sie einen Nutzen bringenden Wettbewerb unter den Kassen schaffen will. Dafür tritt die BIG ein.

BIG Position zur Gesundheitsreform 2006

Erklärung des Verwaltungsrats:

Verstaatlichung verhindern

Der Gesundheitsfonds ist das Ergebnis eines politischen Kompromisses zwischen Bürgerversicherung und solidarischer Gesundheitsprämie, der keines der Probleme der GKV löst, aber neue Bürokratie schafft.

Finanzautonomie erhalten

Die Hoheit zur Beitragsfestsetzung muss bei der Krankenkasse bleiben. Die Preisgestaltung als einer der wichtigsten Wettbewerbsfaktoren entfällt. Eine versichertenorientierte Steuerung des Produktangebotes ist damit unmöglich. In der Erhebung/Erstattung eines Zusatzbetrages (Miniprämie) wird die Chance für mehr Transparenz bei der Finanzierung der Krankenversicherung gesehen.

Versorgungswettbewerb verbessern

Erweiterte Wahlmöglichkeiten für Versicherte, neue Versorgungsformen sowie Kooperations- und Fusionsmöglichkeiten bieten den Rahmen für einen echten Versorgungswettbewerb. Doch das Wort „Patient“ fehlt in den Eckpunkten. Die BIG plädiert für die Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patient z.B. durch Kostenerstattung, Selbstbehalt und mehr Mitspracherechte.

Unternehmertum stärken

Die Haftung muss der Verantwortung entsprechen – die Professionalisierung des Managements unterstützt eine wettbewerbliche Ausrichtung der Kassen als Unternehmen – sie darf nicht durch eine Verstaatlichung der Gesamtstruktur des Systems konterkariert werden.

Bürokratie abbauen

Die Zentralisierung von Standardabläufen ist im Sinne von Bürokratieabbau und Effizienz begrüßenswert - jedoch muss dies nachweislich ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand realisiert werden. Größere Einheiten arbeiten aber nicht automatisch wirtschaftlicher.

Dortmund, Berlin, den 22. August 2006